

# Wie aus dem FF

## Mit Frontex gegen Revolutionsflüchtlinge

von Alice Rombach

► Nach der erfolgreichen Evakuierung ihrer Staatsangehörigen aus Tunesien und Libyen war die Europäische Union in eine Art Schockstarre verfallen. Ratlosigkeit, interner Streit und Lähmung waren sichtbare Zeichen einer Gemeinschaft, die sich Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf ihre Fahnen schreibt. Nur schwer löst sich die EU nach wochenlangem zögerlichem Ringen aus ihren gut gepflegten Freundschaften mit den Mächtigen an der gegenüberliegenden Küste des Mittelmeers. Denn mit den Umbrüchen des arabischen Frühlings brechen der EU wichtige Verbündete in der Flüchtlingsabwehr weg. So waren Operationen der Grenzschutzagentur Frontex, die seit 2005 als »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen« im Mittelmeer im Einsatz ist, bisher die einzige Antwort auf die Umbrüche in den maghrebinischen Staaten, in der europäische Einigkeit schnell zu erkennen war.

Die neuerlichen Frontexaktivitäten sind nicht nur eine Antwort auf die gegenwärtigen Revolten. Alljährlich wird die Grenzschutzagentur personell und finanziell aufgestockt. Mit einem Gesamtbudget von inzwischen über 90 Millionen Euro agiert die europäische Grenzschutzpatrouille zu Wasser, zu Luft und auf dem Land. Neben den etwa 60 Mitarbeitern in der Zentrale in Warschau arbeitet Frontex mit Joint Support Teams, die aus ExpertInnen der nationalen Grenzschutzbehörden bestehen. Zwar ist Frontex der nationalstaatlichen Souveränität des den Einsatz leitenden Landes untergeordnet. Gleichzeitig wird die Agentur zur Hauptschaltstelle der europäischen Grenzschutzverbände ausgebaut. Offensichtlich ist die Bestrebung, Pläne, die bisher in der Schublade lagen, vorbei an der parlamentarischen Kontrolle umzusetzen. So wurde die »Joint Operation Hermes 2011«, die für Juli angesetzt war, aufgrund des italienischen Hilfesuchts Mitte Februar begonnen. Neben der Bereitstellung von Hubschraubern, Schiffen etc. beinhaltet die Operation Hermes – benannt nach dem griechischen Schutzgott der Reisenden – etwa 50 ExpertInnen in italienische Flüchtlingszentren zu entsenden. Diese »briefer« oder auch »screener« sollen in Lagern im süditalienischen Kalabrien, Sizilien und Apulien aus Lampedusa kommende Flüchtlinge interviewen, um Nationalität, Alter und Transportwege zu erkennen.

### Schon früher schickte Italien Leichensäcke nach Libyen

Medial wird dieser Tage das Bild eines »biblischen Exodus« vermittelt. Es entbehrt zahlenmäßig jeglicher Relation. Auf Lampedusa sind dieses Jahr etwa 6.000 Flüchtlinge angekommen; das sind weniger als ein Viertel der jährlich in Deutschland gewährten Asylanträge. Dennoch wehren sich mittel- oder nordeuropäische Länder, Österreich und Schweden heftig gegen den von südeuropäischen Ländern geforderten Verteilungsschlüssel zur Aufnahme von Flüchtlingen. Dahinter steckt die Befürchtung, dass dadurch die Dublin II-Verordnung aufgehoben werden könnte, nach der ein Flüchtling nur in dem Land, in dem er ankommt, Asyl beantragen kann.

Unter den Flüchtenden dieser Tage sind viele Männer aus westafrikanischen Staaten wie Mali oder Ghana, die auf ihrem Weg nach Europa in Libyen gestrandet sind. Nicht selten wurden sie aufgrund ihres Aussehens für Söldner Gaddafis gehalten und verließen das Land deshalb. Tunesien und Ägypten solidarisieren sich mit den Flüchtlingen, doch sind ihre eigenen Infrastrukturen überlastet. Es ist schwierig, sauberes Wasser, Nahrungsmittel und sanitäre Anlagen für so viele Menschen heranzuschaffen.

Die EU streitet derweil über die Verteilung der Menschen und der Kosten. Zugleich schwört sie eine medial inszenierte und diskursiv aufgeladene Massenflucht herbei, mit der sich militärische Präsenz und Aufrüstung im Mittelmeer leichter legitimieren lässt. Flüchtlingen aus Tunesien wird moralisierend vorgeworfen, ihr Land trotz demokratischer Zukunft im Stich zu lassen und sich vor dem Wiederaufbau zu drücken.

Selber hatte die EU jahrzehntelang mit den nordafrikanischen Herrschern paktiert. Sie waren geopolitische Partner, die von der EU ausgiebig hofiert wurden, zur Sicherung ihrer Grenzen im Mittelmeer. Schon 2003 wurde ein italienisch-libysches Abkommen zur Rücknahme illegaler EinwanderInnen festgelegt, in den folgenden Jahren fanden regelmäßig Abschiebeflüge statt. Im selben Jahr begann die EU gemeinsam mit den maghrebinischen Mächtigen ein Lagersystem in Nordafrika aufzubauen. Nachdem die EU 2004 das Waffenembargo gegen Libyen aufgehoben hatte, war das gleichzeitig der Startschuss für eine enge Zusammenarbeit bei der Flüchtlingsabwehr. In Tunesien existieren dreizehn Abschiebegefängnisse, die durch italienische Gelder entstanden. In Libyen gibt es etwa 20 EU-finanzierte Flüchtlingslager, von denen einige direkt in die Wüste gebaut wurden. Alle sind in einem katastrophalen Zustand.

Zwar wurden die Haftbedingungen und Menschenrechtsverletzungen bei Besuchen in Libyen ständig kritisiert, so z.B. von einer Delegation der EU-Kommission 2005 und von Frontex 2007. Faktisch lieferte Europa aber ununterbrochen militärische Ausrüstung. Die letzten Waffenlieferungen an Gaddafi aus 14 Ländern der EU kamen noch am Vorabend der Revolten in Libyen an. Auf die Konten von Mubarak, Ben Ali und Gaddafi, die in den Augen europäischer PolitikerInnen über Nacht zu Despoten wurden, überwies die EU regelmäßig Gelder in Millionenhöhe. Damit sicherte sie sich unter anderem die Zusammenarbeit beim Ausbau ihres Migrationsregimes. Auch mit Tunesien hatte die EU letztes Jahr noch ein Kooperationsabkommen geschlossen, laut dem die wirtschaftliche und nachbarschaftliche Sicherheitspolitik intensiviert werden sollte. So wundert es nicht, dass die französische Regierung Ben Alis Regime noch in den letzten Zügen vor dessen Sturz aktive Unterstützung in Form von Polizeitruppen und Tränengas leisten wollte. Das Konto Ben Alis wurde nach Ankündigung erst einige Zeit später gesperrt, und Mubarak hatte sogar noch bis Ende März Gelegenheit, das Geld, das er sich angeeignet hatte, zu verschieben.

Wenngleich die Dimension der Kaltblütigkeit Gaddafis überraschen mag, so ist es verlogen, so zu tun, als habe dieser plötzlich seine Maske abgesetzt, als habe man nicht gewusst, wen man unterstützte. Im Jahr 2008 waren die EU und Libyen in Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen getreten, im Zuge dessen im vergangenen Jahr ein Vorabkommen verfasst wurde, das 50 Millionen Euro für Gaddafi »für gemeinsame Aktionen im Kampf gegen illegale Einwanderung« von 2010 bis 2013 vorsieht. Wohl im vollen Bewusstsein der massiven Menschenrechtsverletzungen hatte Italien in der Vergangenheit neben Radaranlagen, Schnellbooten, Geländewagen und Nachtsichtgeräten auch Leichensäcke nach Libyen schicken lassen.

► **Alice Rombach** ist Soziologin und Politikwissenschaftlerin.